

## Stellungnahme des Bauamtes

Sitzung des Stadtentwicklungsausschusses am 09.03.2021

Anlass: Anfrage der Ratsfraktion Die Linke vom 01.12.2020, Zusatzfragen 1a und 1b vom 03.03.2021

Anfrage:

- 1) Die Verwaltung wird beauftragt, zeitnah die Bedarfe von BAMF und Zoll zu ermitteln, einschließlich Nebenflächen.
  - a. Zusatzfrage 1: Werden die jetzt genutzten Büroräume und Flächen der BAMF am Stadtholz frei und wie groß sind diese?
  - b. Zusatzfrage 2: Lassen sich die Büroräume und Bedarfe der BAMF in einem Kasernengebäude unterbringen?
- 2) Die Verwaltung überprüft, ob die von der BAMF freizugebenden Büroräume im Gebäude „Am Stadtholz“ für den Zoll benutzbar sind.
- 3) Die Verwaltung überprüft, ob die BAMF mit einem Kasernengebäude auf dem Gelände der „Rochdale-Barracks“ ihre Bedarfe decken kann.
- 4) Für die „Rochdale-Barracks“ sind die Rahmenbedingungen für ein Wettbewerbsverfahren festzulegen. Die Ergebnisse sollen im ersten Quartal 2021 vorliegen.
- 5) Mit der Bundespolizei ist zu klären, welche Flächen die Stadt im Laufe des nächsten Jahres entwickeln kann.
- 6) Die Ergebnisse werden dem „Runden Tisch“ vorgestellt.

Antwort:

Zu 1)

Die Flächenbedarfe von BAMF und Zoll sind in Eckdaten bekannt:

### Hauptzollamt Bielefeld

Aus dem Hauptzollamt Bielefeld mit den derzeitigen Standorten an der Werner-Bock-Straße soll die Arbeitseinheit „Finanzkontrolle Schwarzarbeit (FKS)“ ausgelagert werden.

Für diese Arbeitseinheit wird ein Standort favorisiert, der verkehrlich gut erschlossen ist. Gesucht werden Nutzflächen von ca. 2.500 m<sup>2</sup> (zzgl. innere Verkehrsflächen) zur Unterbringung von ca. 120 Arbeitsplätzen. Die Nutzungsart bringt mit sich, dass etliche Räume mit spezieller Funktion erforderlich sind, z.B. Waffenkammern, Duschen oder spezielle Lagerflächen. Teilflächen in einem größeren Gebäudekomplex müssten klar abgegrenzt sein. In direkter Zuordnung zum Mietgegenstand werden ca. 50 Stellplätze erwartet.

Ein möglicherweise geeignetes Objekt in Bielefeld sollte vom Eigentümer entsprechend hergerichtet werden, inkl. der Funktionsräume.

### Bundesamt für Migration und Flüchtlinge

Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) ist in Bielefeld derzeit an den Standorten Am Stadtholz und Feilenstraße ansässig. Ziel ist die Neuunterbringung beider Dienststellen in einer Liegenschaft.

Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge benötigt ca. 3.300 m<sup>2</sup> reine Nutzfläche zzgl. ca. 1.700 m<sup>2</sup> Verkehrs-/ Nebenflächen. Neben den üblichen Büroeinheiten zzgl. Besprechungsräumen wird ein größerer Warteraum von ca. 120 m<sup>2</sup> Flächen erwartet. An dem neuen Standort werden ca. 210 Arbeitsplätze eingerichtet. In unmittelbarer Zuordnung zur Dienststelle sind Rangier- und Aufstellflächen für bis zu drei Busse erforderlich.

Zu 1a)

Da das Ziel in der Neuunterbringung beider BAMF-Dienststellen liegt, kann davon ausgegangen werden, dass die heutigen Flächen am Stadtholz 26 frei gezogen würden. Welche Nutzflächenanteile derzeit durch das BAMF genutzt werden, ist nicht bekannt.

Zu 1b)

Grundsätzlich lassen sich die BAMF-Bedarfe und Büroräume, wie bisher, in Kasernengebäuden unterbringen. Aufgrund des großen Flächenbedarfes und der speziellen Funktionsräume mit Nebenflächen wären größere Gebäudeeinheiten mit flexibel nutzbaren Grundrissen besser geeignet.

Zu 2)

BlmA und WEGE stehen im engen Kontakt zur Vermietung bzw. Vermittlung von gewerblichen Flächen, u.a. „Am Stadtholz“.

Zu 3)

Mit BlmA ist im „Letter of intent“ vereinbart worden, dass die Bundesnutzungen nach Möglichkeit auf der ehem. Catterick-Kaserne konzentriert werden, um im Gegenzug die Rochdale-Kaserne für städtische Entwicklungsziele frei zu halten. Eine Nutzung der Rochdale Kaserne für Bundeseinrichtungen würde dieser Vereinbarung widersprechen und die städtischen Entwicklungsmöglichkeiten beschränken.

Der Flächenbedarf der BAMF ist groß, der heutige Teilstandort „Am Stadtholz“ verfügt bereits über rund 6.900 m<sup>2</sup> Grundstücksfläche. Die Ansiedlung des BAMF würde dem städtebaulichen Strukturkonzept widersprechen, wonach Wohnnutzungen im Vordergrund stehen und Großstrukturen vermieden werden sollen.

Zu 4)

Die Auslobungsunterlagen für den städtebaulich-freiraumplanerischen Wettbewerb Rochdale werden derzeit erarbeitet. Für die Wettbewerbsbegleitung ist das Büro Drees&Huesmann beauftragt. Die Auslobungsunterlagen werden verwaltungsintern und mit der Eigentümerin BlmA abgestimmt. Eine öffentliche Beteiligung ist im ersten Quartal 2021 am Runden Tisch Konversion erfolgt, die politische Beratung und Entscheidung ist bis Juni 2021 geplant.

Zu 5)

Mit der BlmA ist im „Letter of Intent“ vereinbart, dass die Flächenbedarfe der Bundeseinrichtungen u.a. der Bundespolizei bis Mitte 2021 mitgeteilt werden sollen. Auf dieser Grundlage kann dann ermittelt werden, welche Flächen von Seiten der Stadt entwickelt werden können.

Zu 6)

Die Konversionsplanungen werden mit allen wichtigen Informationen laufend dem „Runden Tisch Konversion“ vorgestellt.



(Beck)  
Amtsleiter